

Wolfgang Röd:
Die Philosophie der Neuzeit 1:
Von Francis Bacon bis Spinoza,
 Verlag C.H.Beck München 1999,
 336 S.

Wie den beiden in UTOPIE kreativ seinerzeit (51-1995, S. 82; 71-1996, S. 84) besprochenen Bänden »Der Weg der Philosophie« (München 1994/96) eignen auch diesem philosophiehistorischen Werk des Autors unbestreitbare Vorzüge: die erforderlichen Komprimierungen der Gedankengänge und -systeme von u.a. Bacon, Galilei, Descartes, Gassendi, Malebranche, Hobbes, More, Spinoza werden deren Urhebern gerecht; sie entarten nie zu Zitatenkollagen; sie bevorzugen Probleme gegenüber Lebensläufen, Argumente gegenüber Ergebnissen; in etwa 500 Anmerkungen werden Quellenbelege geliefert und der heutigen Diskussion Raum gegeben; eine auch die neueste und die internationale Literatur berücksichtigende Bibliographie (nur DDR-Literatur scheint nicht bis Innsbruck vorgedrungen zu sein) sowie Personen- und Sachregister runden das lesbare, von fachterminologischem Kauderwelsch freigehaltene Lehrbuch ab.

Angesichts des allseits Lobenswerten im Detail soll ein Generaleinwand vorgetragen werden. Man sollte philosophiehistorische Darstellungen nicht mit einem bloßen Stauen über den auf uns gekommenen Erkenntnisüberfluß quittieren. Die Gedankensysteme der großen Philosophen würden dann nur als eine Ansammlung zufälliger, sich wechselseitig widersprechender oder widerlegender Ansichten erscheinen, die auf dem ohnehin überstrapazierten Gedächtnis von Examenskandidaten lasten. Da die »Herosen der denkenden Vernunft« die zeitlich vor ihnen Denkenden für ad absurdum geführt zu halten pflegen, ist dann Geschichte der Philosophie immer nur Vorgeschichte, wenn nicht gar eine »Galerie von Verirrungen des menschlichen Geistes«.¹

Das alles ist nun Röds Auffassung nicht. Aber leistet er nicht Vorschub für solcherlei Ahistorizität, wenn er aus seinen Analysen den ganzen Problembereich der gesellschaftlichen Ursachen wie der gesellschaftlichen Wirkungen für die verschiedenen Philosophen ausblendet? In seinen Überlegungen scheinen

Philosophen immer nur von anderen Philosophen infiziert zu sein, wie sie auch immer nur andere Philosophen infizieren. Ausdrücklich verwahrt sich R. dagegen, daß sein gelegentlicher Hinweis auf die historische Situation, insbesondere auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen dieser oder jener Philosoph wirkte, etwa so zu verstehen sei, daß Philosophie sozioökonomische Bedingungen reflektiere. Warum aber, wenn Philosophen wirklich nur geistgezeugt und geistpotent sind, haben die hier behandelten Aufklärungsdenker von Bacon über Pascal, Descartes, Hobbes bis Spinoza mit ihren besten Werken (wenn nicht gar mit allen!) auf dem Index librorum prohibitorum gestanden?² Warum wurde der hier behandelte Galilei von den Generalinquisitoren zu schwören gezwungen, daß er »allezeit geglaubt habe, gegenwärtig glaube und in Zukunft alles glauben werde, was die Heilige Katholische Kirche für gültig hält«?³ Warum erhielt Hobbes von King Charles II. keine Druckerlaubnis für sein geschichtsphilosophisches Werk, den Behemoth, und wurde sein Leviathan verbrannt?⁴ Warum haben die staatlichen Behörden Hollands zum Teil noch vor der Kirche Spinozas Werke verboten?⁵ Das alles kann doch weder durch Willkür noch durch Dummheit der jeweils Herrschenden erklärt werden.

Philosophen sind eben keine reinen Denker reiner Gedanken, weder exterritoriale noch extemporale Wesen. Gewollt oder ungewollt mischen sie sich in die interessegeprägten Auseinandersetzungen ihrer und der nach ihnen kommenden Zeit ein. Solche Vorgänge aufzudecken, gehört zum ureigenen, übrigens besonders reizvollen Geschäft von Philosophiehistorikern.

Auch wenn kein Philosoph damit beginnt, leere Blätter vollzuschreiben, ist sein/ihr Gedankensystem doch nicht nur das Ergebnis kontinuierlicher Entwicklung der Vorgänger-Gedanken, wie R. meint, und nicht bloß von »vorgetäuschter Diskontinuität«. Philosophen vom Range eines Bacon oder Hobbes, eines Descartes oder Spinoza vollzogen in einer Einheit von Kontinuität und Diskontinuität eine intellektuelle Revolution. Eine »Revolution der Denkart« ausgelöst zu haben, hat Kant (Kritik der reinen Vernunft, B XIII) ausdrücklich Francis Bacon zugebilligt, und die

ist mit der Denkart der Revolution in Europa organisch verbunden. Dieses Miteinander von Sein/Denken/Sollen zu leugnen oder zu verschweigen, hieße den Beitrag der postscholastischen Meisterdenker zum europäischen Fortschrittsweg von der mittelalterlichen in die bürgerliche Gesellschaft zu negieren und machte auch unerklärbar, warum die Postmoderne mit den Aufklärungsphilosophen auf dem Kriegsfuß steht. Man begreift eben immer nur den Geist, dem man gleicht...

HERMANN KLENNER

Anmerkungen

- 1 So: Hegel: Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, Hamburg 1993, S. 15.
- 2 Vgl. Joseph Hilgers S.J.: Der Index der verbotenen Bücher, Freiburg 1904, 638 Seiten.
- 3 Vgl. Galileo Galilei: Schriften, Briefe, Dokumente, Bd. 2, Berlin 1987, S. 209f.: »Urteil und Abschwörung vom 22. Juni 1633.«
- 4 Vgl. Hobbes: Leviathan, Hamburg 1996, S. XV, XXIV.
- 5 Vgl. Manfred Walther (ed.): Spinoza – Lebensbeschreibungen und Dokumente, Hamburg 1998, S. 279.

Michael Weingarten: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zu einer kulturalistischen Wende in der Philosophie, Pahl-Rugenstein Bonn 1998, 239 S. (29,90 DM)

Die große Zeit der Grundlagendebatten in der Wissenschaftstheorie, als man in dieser relativ neuen integrativen Disziplin eine Art Philosophie-Ersatz erblickte, ist längst vorbei und man könnte vermuten, daß sie nicht zufällig mit dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus von der Bildfläche verschwand. Denn während es zwischen den Philosophien kapitalistischer und sozialistischer Herkunft so gut wie keinen Dialog gab, sondern nahezu ausschließlich unersprißliche Konfrontation, ist es in der Wissenschaftstheorie zu erstaunlichen gegenseitigen Bezugnahmen, ja Kooperationen gekommen, wobei die philosophisch marxistische Grundlegung der östlichen wie die positivistische, hermeneutische, konstruktivistische etc. der westlichen Wissenschaftstheorien dem Insider niemals verborgen geblieben ist. Zum anderen könnte das Abflauen dieses Dis-

kurses auch daran gelegen haben, daß die wissenschaftstheoretischen Versprechungen an die Adresse sowohl der Einzelwissenschaft als auch der Wissenschaftspolitik mit unübersichtbaren Forderungen nach ethischer Fundierung zum einen, finanziellen Ausstattungswünschen zum anderen einhergegangen sind, was sie in den Ruf des unangenehmen Weggefährten gebracht haben mag. Als die Wissenschaftstheoretiker gar noch das bislang fast ausschließlich extensiv bewirtschaftete Gebiet der Wissenschaftsgeschichte vereinnahmten und die historischen Themen nur dann gelten ließen, wenn sie einer theoretischen Fragestellung folgten, war das Maß voll und die ursprünglichen Sympathien waren weitgehend aufgebraucht.

Mit doppelter Erwartung also greift man zu vorliegendem Buch und wird nicht enttäuscht, räumt es doch in erfrischender Weise diese von der jüngeren Wissenschaftsforschung erworbenen Risikofelder ab, ohne mehr zu beanspruchen, als ein fundierter Diskussionsbeitrag zu sein. Der Grundgedanke wird an dem allerdings nicht gerade hinreißenden Begriff der »kulturalistischen Wende« festgemacht. Und diese trete in der grundlegenden philosophischen Einsicht zutage, wonach keine Erkenntnis ohne Handlung zustandekomme, Wissensbildung stets über ein diesem Erkenntnisprozeß zugrunde liegendes Handeln fungiere. Diese philosophische Einsicht – die unverkennbar auf die marxistische Ausgangsthese, aber auch auf das lebensweltliche Apriori Edmund Husserls zurückverweist – lenke nach Weingarten nun auch den Blick des Wissenschaftstheoretikers stärker auf den kulturellen Kontext, in dem bzw. unter dem Wissenschaftler handeln. Man wird natürlich etwas kribbelig ob der Vieldeutigkeit dieses so verwendeten Handlungsbegriffes, denn nicht jedes soziale Handeln von Wissenschaftlern ist zugleich und stets erkenntnisförderndes Handeln, wie es der Explikation bedarf, was an einem konkreten Erkenntnisvorgang »Handeln« in einem sozialen Sinne ist. Bestimmt man dies nicht, wird leicht jedes Tun zum Handeln hochstilisiert, womit sich dieser Ansatz selbst eliminiert, denn ihm fehlt dann jegliche Spezifik. Doch folgt man dem Verfasser nun durch die zwölf dieser Einleitungsidee nachfolgenden Aufsätze, wird der

methodologische Grundgedanke in zweierlei Hinsicht verdeutlicht und konkretisiert. Das betrifft einmal die kulturelle Einbettung wissenschaftlicher Tätigkeit in ihrer themenprägenden (aber nicht erkenntnisdeterminierenden) Rolle, von Weingarten eindrucksvoll vorgestellt z.B. anhand der Differenz im Streit um die Menschenrassen zwischen Georg Forster und Immanuel Kant. Zum anderen bezieht es sich auf die sprachkritische Analyse wissenschaftlicher Texte vor allem in den dem Begründungstext nachfolgenden Rezeptionen. Das illustriert Weingarten souverän und mit einer Fülle von Anregungen am Beispiel der Schicksale der Darwinschen Terminologie. Höchst anregend auch die Analyse des autopoietischen erkenntnistheoretischen Ansatzes, der bekanntlich dem älteren Widerspiegelungsdanken und damit einer so verstandenen marxistischen Erkenntnistheorie den kognitiven Todesstoß versetzt haben soll – wenn man Maturana und nun auch Weingarten Glauben schenken darf. Beide haben recht, wenn die marxistische Erkenntnistheorie die These, daß das menschliche Denken ein informationsverarbeitender Vorgang in einem kausalen Sinne sei, wirklich vertreten hat. Ich bin mir da nicht so sicher. Daß unsere Erkenntnisse Konstruktionsleistungen des Gehirnes auf der Basis von Erfahrungen und Wahrnehmungsdaten sind, hat m.E. keine marxistische Widerständigkeit zu erwarten. Die von Maturana einst behauptete Unüberbrückbarkeit des neuen sinnesphysiologisch-autopoietischen Ansatzes gegenüber dem informationstheoretischen kann man nur aufrechterhalten, wenn man dem Informationsbegriff das Computermodell zugrundelegt. Doch jeder (höhere) Organismus bildet Wahrnehmungen räumlicher Verhältnisse und Beziehungen nur dann aus, wenn er sie durch seine Eigenaktivität konstruiert – das ist die inzwischen auch durch mannigfache Tierexperimente gesicherte fundamentale Einsicht in den Strukturierungsvorgang der Gehirntätigkeit. Doch wer will bestreiten, daß diese Strukturen auch engrammieren? Gewiß ist die ältere materialistische These, wonach unsere Empfindungen subjektive Abbilder der objektiven Realität sind, korrekturbedürftig. Der Abbildbegriff weist natürlich weder den Vorgang (indem er Erkennen auf ein Abbilden reduziert

noch das Resultat adäquat aus. Aber wieso ist das Verarbeiten von Information mit diesem Abbildbegriff identisch? Probleme werden handelnd erzeugt, sie sind nicht vorgegeben. Insofern ist Problemvergewisserung eine Form der Informationsverarbeitung. Die von Weingarten geforderte Sprachkritik würde auch der modernen Kognitionswissenschaft guttun.

Auf die anderen Aufsätze – zu Wissenschaft und Krise, zu den Aufgaben einer kritischen Theorie heute, zu einem methodischen Umriß für eine Umweltwissenschaft u.a. – sei nur summarisch verwiesen.

REINHARD MOCEK

Hans-Christoph Binswanger: Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen.

Essays zur Kultur der Wirtschaft,
Gerling-Akademie-Verlag München
1998, 136 S. (32,00 DM)

Hans-Christoph Binswanger, Jahrgang 1929, schweizerischer Nationalökonom mit internationalem Renommee, befaßt sich seit längerem mit der Frage, inwieweit moderne Zivilisation und Geldwirtschaft zur Zerstörung der Natur beitragen. Dabei geht er nicht nur analytisch vor, indem er den inneren Zusammenhang zwischen monetärer Ökonomie und Wirtschaftswachstum aufdeckt. Er setzt sich mit dieser Frage auch historisch auseinander sowie unter Zuhilfenahme philosophischer und literarischer Theorien bzw. Zeugnisse. Gerade letzterer Aspekt macht sein Werk so außerordentlich interessant und vielseitig und trägt dazu bei, ihn als Autor weit über die Ökonomenzunft hinaus bekannt zu machen. Bücher wie »Geld und Natur«(1985), »Geld und Magie« (1985) sowie »Geld & Wachstum« (1994) – besprochen in »UTOPIE kreativ«, Heft 53 – weisen Binswanger als originellen Querdenker unter den Volkswirten aus, aber auch als mahnenden Alternativen und universellen Gelehrten, der Fragen stellt und Anregungen vermittelt, vorschnelle Antworten aber vermeidet.

Sein neues Buch enthält fünf Essays, die alle von der Wirtschaft handeln, aber keine eigentlich ökonomischen Texte sind. Viel-

mehr steht die Wirtschaft hier »im Blickfeld von Mythos, Philosophie, Literatur und Ethnographie« (S. 7). Die Originalität dieser Betrachtungsweise ist unbedingt hervorzuheben, da sich in unserem ökonomisch geprägten Zeitalter die Wirtschaft entweder selbst genügt, was sie für Kritik »von außen« unempfindlich macht, oder sie aber den Maßstab setzt, nicht nur für die ökonomischen, sondern gleichermaßen auch für außerökonomische Bereiche des Lebens. Letzteres wird zwar als »ökonomischer Imperialismus« in den Sozialwissenschaften beklagt, ist aber trotzdem gängige Praxis. Dem setzt Binswanger nun eine alternative Sichtweise entgegen, die dazu zwingt, die ökonomische Logik zu verlassen und die Wirtschaft, das heißt, ihre Voraussetzungen, Inhalte und Resultate, einmal aus einer anderen Perspektive als der ökonomischen zu beurteilen. Für den Autor bietet diese Methode Raum und neuen Zugang, um seine Kritik an der modernen Ökonomie, die er als *Geldwirtschaft* definiert, überzeugend vorzutragen.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext die bereits im Titel enthaltene These, daß es sich bei den Ökonomen um eine »Glaubensgemeinschaft« handele. Daß die Ökonomenzunft so etwas wie eine »geschlossene Gesellschaft« ist, mit einer eigenen Sprache, einer eigenen Methodologie, bestimmten Riten, Tabus etc., ist bekannt. Daß es sich hierbei aber um eine »Glaubensgemeinschaft« handeln soll, setzt dem allerdings noch eins drauf! Als tragenden Glaubensinhalt macht Binswanger die Metapher von der »unsichtbaren Hand« aus, die Adam Smith prägte, um deutlich zu machen, wie sich in einer Marktwirtschaft Eigennutz mit Hilfe des Marktes in Gemeinnutz verwandle. Nur so bekommt die Umformung der Menschen in »homines oeconomici«, die sich egoistisch und nutzenmaximierend verhalten, wodurch aber die Ganzheitlichkeit der Persönlichkeit ruiniert wird, historisch Sinn. Bis heute ist dieser Glaube an die »Kräfte des Marktes«, die Effizienz und Wohlstand hervorbringen, besser als dies die »sichtbare Hand« der Wirtschaftspolitik je vermag, ungebrochen. Binswanger sieht hierfür, lange vor Adam Smith, zwei wesentliche Quellen: Zum einen die Entstehung des Geldes und zum anderen den

Geist der Stoa im antiken Rom. Während das Geld die Unendlichkeit der Bereicherung und die Dynamisierung der Wirtschaft ermöglichte, beförderte die Stoa die Herrschaft der Vernunft, die Rationalität. Beides aber sind Voraussetzungen für den *Homo oeconomicus* als den Typ des modernen Menschen. Verloren geht dabei jedoch das *Maß*: Die Aneignung der Natur wird maßlos, das Wirtschaftswachstum Selbstzweck, der Konsum verliert jeden Bezug zum Bedürfnis, der Reichtum expandiert ohne Grenzen usw. Was not tut, ist eine Rückbesinnung auf *außerökonomische* Kriterien, eine »Rückbindung an außerwirtschaftliche Maßstäbe«. »Nur so kann die Wirtschaft ihren eigentlichen Sinn – die Grundlage für die volle Entfaltung des Lebens zu schaffen – behalten« (S. 9f.).

Im ersten Essay zieht Binswanger den Mythos vom Frevel Erysichthons, der im heiligen Hain der Göttin Demeter Holz für einen Festsaal schlug, als Beleg für den »Ursprung der ökologischen Krise« in der griechischen Antike heran. Er setzt der Unbegrenztheit der Bedürfnisse, von der die Ökonomen sprechen, das heißt, der Unersättlichkeit unserer Wünsche, die Begrenztheit der natürlichen Umwelt gegenüber und zeigt, daß Maßlosigkeit zur Katastrophe führt. »Die Unersättlichkeit muß in einer begrenzten Welt dazu führen, daß wir schließlich unsere eigenen Wirtschafts- und Lebensgrundlagen zerstören« (S. 24).

Der zweite Text ist Adam Smith und der Rolle der »unsichtbaren Hand« in der klassischen und neoklassischen Ökonomie gewidmet. Im Grunde bekannt, aber doch häufig vergessen, ist, daß Smith seine Überlegungen zu Markt und Wettbewerb nicht rein ökonomisch, sondern ethisch begründete. Auch der Begriff der »unsichtbaren Hand« stammt aus der »Theorie der ethischen Gefühle«. Binswanger führt ihn auf den Fortschrittsglauben Smith' zurück und nicht auf ein ökonomisches Effizienzdenken. Er faßt ihn als »ökonomische Formulierung dieses Optimismus« (S. 54). Indem sich die Ökonomen hier auf Smith berufen, bilden sie in der Tat »eine stoische Glaubensgemeinschaft und sind somit auch eine Werturteilsgemeinschaft par excellence« (S. 56). Aber, damit nicht genug: auch Mephistopheles, als »ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute

schaft«, verkörpert die »unsichtbare Hand« – und triumphiert schließlich in Goethes »Faust«, *aber als Teufel*. Binswanger führt hier, kenntnisreich und belesen, seine Goethe-Paraphrasen aus »Geld und Magie« fort, ergänzt um einige Anmerkungen über Marktversagen und wirtschaftspolitische Regulierung.

Daran an schließt sich ein weiterer Text zu Goethe: *Chancen und Gefahren der modernen Wirtschaft im Spiegel von Goethes Dichtung*. Hier zeigt Binswanger, daß Goethe, der als Weimarer Minister auch praktisch mit Wirtschaftsfragen zu tun hatte, frühzeitig erkannte, daß die entfesselten Marktkräfte unbedingt »durch ethische Postulate« zu ergänzen seien, »um die drohenden Gefahren zu mindern« (S. 66). Letzere erblickte er vor allem in der »sozialen Frage« und in einem »Zurückschlagen der Natur« (S. 85). Gegenüber der Allmacht der »unsichtbaren Hand« bekundete Goethe im Alter mehr und mehr Skepsis (vgl. S. 89f.).

Im vierten Essay wendet sich Binswanger der *chinesischen Ökonomik* zu. Insbesondere im Konfuzianismus findet sich eine der westlichen Haltung entgegengesetzte »Ausrichtung der Wirtschaft auf ethische Standards« (S. 92). In der Lehre des »Guan Tse« finden sich Ideen, die denen der »sozialen Marktwirtschaft« durchaus ähnlich sind (S. 101).

Im Gegensatz zum Westen existiert in China das Menschenbild des Homo oeconomicus niemals ausschließlich. Es wird immer ergänzt durch andere »homines«, so des »homo ethicus«, des »homo socialis«, des »homo politicus« usw. Dieser Pluralismus der Charaktere wird als »wegweisend« herausgestellt (vgl. S. 106). Der Band schließt mit einem Aufsatz, der in Sibirien spielt und veranschaulicht, wie die Unterwerfung der Natur unter die Regeln des Geldes zu deren Zerstörung führt. Trotzdem sind weder das Geld noch die Errungenschaften der Technik zurückzunehmen.

Binswanger endet deshalb versöhnlich, indem er fordert: »Wir müssen die Wirtschaft so ordnen, daß dieser Konflikt (zwischen Geld und Natur – U.B.) weder zu einer Wirtschaftskrise führt, weil wir die Realität des Geldes nicht ernst nehmen, noch zu einer Umweltkrise, weil wir die Realität der Natur mißachten... Dann – nur dann – kann es auch gelin-

gen, die ökonomisch-ökologische Synthese herzustellen, die wir suchen« (S. 118).

ULRICH BUSCH

Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung.

Edition Zweite Moderne,

Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998, 4. Aufl., 270 S., 26,00 DM (I)

Ulrich Beck (Hrsg.): Politik der Globalisierung. Edition Zweite Moderne,

Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998, 1. Aufl., 424 S., 34,00 DM (II)

Da befürchtet Ulrich Beck, daß viele Neomarxisten »die Idee einer kosmopolitischen Demokratie für wirklichkeitsfremd halten und dies vor allem damit begründen (werden), daß hier Ethik mit Macht verwechselt wird« (I/S. 164). Auch wenn B. diesen Einwand nicht gelten läßt, so scheint das doch das Problem seiner ganzen Untersuchung zu sein. Die Analyse der sich vollziehenden ökonomischen Veränderungen und ihrer politischen Implikationen geht eben nicht einher mit einer ebenso nüchternen Suche nach Auswegen und nach den gewünschten neuen demokratischen Strukturen. Wunschanbaupläne für Demokratiestrukturen mit letztlich problematischen wirtschaftlichen und sozialen Gegenentwürfen bei vielen interessanten und bewahrenswerten Zugängen lassen den Leser doch in Unsicherheit zurück.

Doch beschwört Michael Zürn die latente Gefahr einer »riesengroßen Koalition« quer zu den bisherigen politischen Formationen, einschließlich der Braunen, die die Verteidigung des Nationalstaates als unverzichtbar für ihr jeweiliges Projekt annehmen. Zwar hält er diese »Koalition« letztlich für unwahrscheinlich. Aber berechtigt sieht er die Gefahren, die ein solch fatales Zusammenwirken für die Demokratie haben könnte. Wem kommen da weniger die dänischen Gegner des Maastricht-Vertrages in den Sinn als jene gelegentlich unheilige Allianz sehr divergierender politischer Kräfte im heutigen Rußland (oder

in den Spätjahren der Weimarer Republik)? Verlierer können zur Gefahr werden und nicht nur das zerstören, was ihre Verluste verursacht. Und Demokratie ist ein weit zarteres Rehkitz als das immer so liebevoll beschworene Rehlein »Kapital«.

Es ist natürlich verlockend und im Ziel unbedingt unterstützenswert, wenn Beck ein neuer Gesellschaftsvertrag der Zweiten Moderne vorschwebt. Die Unternehmer, die »Globalisierungsgewinner an ihre Verpflichtung für demokratische Institutionen zu erinnern, und das heißt: die virtuellen Steuerzahler zur Kasse zu bitten« (I/S. 233) - das ist das eigentliche Problem der gegenwärtigen Entwicklung. Heute ist die »Zauberformel« möglich geworden »Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus ohne Steuern.« (I/S. 29) Damit wird aber der bisherige Gesellschaftsvertrag, die Leistung der Moderne in ihrer Verbindung von Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie hinfällig.

Berechtigt sucht Beck Begriffe geradezurücken. Globalisierung sind für ihn »die Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden« (I/S. 28). Als Globalismus bezeichnet er dabei die »Ideologie der Weltmarktherrschaft« (I/S. 26), die im neoliberalen Sinne die Politik als Gestaltungsmittel verabschiedet. Hinter all diesen Prozessen steckt aber die mittlerweile unrevidierbare Globalität. »Es existieren nebeneinander die verschiedenen Eigenlogiken der ökologischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, zivilgesellschaftlichen Globalisierung, die nicht aufeinander reduzierbar oder abbildbar sind, sondern jede für sich und in ihren Interdependenzen entschlüsselt und verstanden werden müssen.« (I/S. 29) Berechtigt will Beck gegen die Instrumentalisierung dieser Prozesse als Abschied von der Politik und als vordergründige Rechtfertigung von Sachzwängen agieren.

Dabei wird deutlich, daß schon allein die unterstellten realen Prozesse, die scheinbar nur ein Erklärungsmuster Globalisierung zulassen, zumindest umstritten sind (so die Beiträge von Paul Hirst/Grahame Thompson, II/S. 85ff. und Jonathan Perraton/David Goldblatt/David Held/Anthony McGrew, II/S. 134ff).

Am einleuchtendsten hier die Herausstellung von Konfrontation und Handeln »supranationaler Handels- und Wirtschaftsblöcke«, also EU, NAFTA und in bestimmter Hinsicht Japan, bei Hirst/Thompson (II/S. 101).

Beck geht es – ungeachtet dieser strittigen Punkte – um die Suche nach Antworten auf den Vormarsch des Neoliberalismus und die dahinterstehenden realen Prozessen. Er will das Projekt der Moderne verteidigen und die aus seiner Sicht wesentlichen demokratischen und sozialstaatlichen Errungenschaften nicht beseitigt wissen. Anschaulich beschreibt er, wie das Schlagwort Globalisierung als »Institutionen-Weichmacher« (I/S. 16) marktradikal letztlich die Gesellschaft abtötet und – dies ist sein Hauptargument für den anzustrebenden Gesellschaftsvertrag – nun auch die Grundlagen von Politik und letztlich wohl auch Wirtschaften aufhebt.

Beck will deshalb »Gegengifte« verabreichen und mit den Erfahrungen der sozialen Marktwirtschaft politisch den neuen Herausforderungen zu Leibe rücken. Ein neuer Schub der internationalen Zusammenarbeit, eine neue Art von Kapitalbeteiligung auch als eine »neue Sozialpolitik« (I/S. 229), der »Auf- und Ausbau der Bildungs- und Wissensgesellschaft« (I/S. 230), eine Demokratiestärkung durch »Politisierung des Konsums« (I/S. 233) sollen jene Schranken setzen, die heute die Marktradikalen zu überwinden suchen bzw. bereits haben.

Dieses Demokratiemodell mit der Wirkung der Konsumentenbewegungen soll durch einen Zwang zu »gut leserlicher Kennzeichnungspflicht« mit »Sozial-, Demokratie- und Umwelt-Labels« und eine klar definierte Produkthaftung die Durchsetzung von Standards kontrollierbar machen (II/S. 234). Der Erfolg von Greenpeace gegen Esso würde so durch die tägliche Entscheidung der Konsumenten wiederholbar werden. Wünschenswert, aber wieviel bewirkt bereits heute der blaue »Umweltengel«? Graduell wird sich sicher so manches wandeln, reicht das aber schon, haben wir dazu den langen Atem?

Gar die Ideen von der »kosmopolitischen Demokratie« (II/S. 162), die das demokratische Zusammenleben garantieren soll, den internationalen Institutionen die notwendige Legitimation verschaffen wird – wie real ist das wirklich? Allein schon der Verweis auf die

EU (James Goodman, II/S. 331ff.) zeigt, daß Wunschbilder, auch manche gute Idee, gar funktionierende Erfahrungen existieren – aber die Resultate sind fragwürdig.

Auch ein anderer Vorschlag löst Stirnrunzeln aus. Ein »Bündnis für Bürgerarbeit« (I/S. 235) soll durch freiwillige, selbstorganisierte und öffentlich finanzierte Arbeit wichtige sozialstaatliche Aufgaben übernehmen und zur Selbstverwirklichung beitragen. Die Bezahlung soll über ein »Bürgergeld« erfolgen, das in etwa der Sozialhilfe entspricht. Die Idee für solche Arbeit ist gut, auch daß die Gesellschaft dafür einspringen muß. Nur, die Bezahlung läßt entweder auf »unwerte« Arbeit schließen – oder auf einen hervorragenden Bewußtseinsstand der so Aktivierte. Die Idee der Subbotniks war einst auch nicht schlecht ...

Das Problem bleibt die Vorstellung Becks - durchaus konform mit den realen, kritisierten Prozessen, die natürlich auch Freiheitsgewinn bedeuten können –, daß er offensichtlich in erster Linie auf »das Ergebnis individueller Experimente« (II/S. 52) setzt, mit denen dieser Wandel sich vollziehen soll. Grasroots sozusagen, aber auch hier drängt sich die Frage auf, was dann das Beschwören des Politischen in der Veränderung noch soll. Denn auch marktradikal kann auf solche Individuallösungen gesetzt werden, hier die bessere Idee und Moral – dort die höhere Effizienz und Rücksichtslosigkeit.

Auch die Hilfe anderer Autoren kann noch nicht das Dunkel durchbrechen. Jürgen Habermas ist sich sicher, daß Protektionismus und die Rückkehr zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik« als Optionen ausscheiden (II/S. 71). Fast alle sind sich einig, daß der Nationalstaat wohl nicht das Feld der Auseinandersetzung sein könne. Am konsequentesten tritt Oskar Lafontaine für eine neue Qualität internationaler Zusammenarbeit ein: »Wir brauchen«, so sein Programm, »eine Stabilisierung der Wechselkurse, eine stabilitätsgerechte und zugleich wachstumsgerechte Zinspolitik, eine konjunkturgerechte und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik, eine harmonisierte Steuerpolitik, eine gemeinsame Technologiepolitik, eine internationale Sozialcharta, eine konzentrierte Offensive gegen globale Umweltzerstörung.«(II/S. 257) Die wiedergewonnene sozialdemokratische Re-

gierungsverantwortung in den meisten westeuropäischen Hauptstädten scheint jetzt dafür günstige Bedingungen zu bieten – was er zum Zeitpunkt des Schreibens nur ahnen konnte. Nur, es sind eben nicht nur die Globalisierungsfaktoren, die »global player«, die den Staaten das Leben schwer machen. Da gibt es eben durchaus nationalstaatliche und Blockinteressen, die im Zweifelsfall das gemeinsame Handeln einzelner Regierungen unterlaufen werden. Und es wird zu Allianzen jener so bedrohlichen, so vermeintlich allein global denkenden und agierenden Konzerne kommen, untereinander, mit den jeweiligen Beschäftigten, aber auch mit jenen Regierungen, die für ihr Land den größten Nutzen sehen.

Beide Bände bieten viele ernstzunehmende Ideen, in der Analyse wesentlicher Erscheinungen helfen sie. Der archimedische Punkt zur Beantwortung der heutigen Herausforderungen ist sicher nicht zu finden. Das waren schon früher Illusionen, wenn nach der Macht- und Eigentumsfrage als non plus ultra gerufen wurde.

Aber es fallen doch Defizite auf, die über die punktuell kritischen Anfragen hinausgehen.

Erstens, wer wird Akteur der notwendigen Wiedergewinnung des Politischen für die notwendige »demokratische Domestizierung des Kapitalismus« (Fritz W. Scharpf, II/S. 228)? Es bleibt denn doch vage. Der wohl notwendige »historischer Block« der Veränderung, wie ihn Gramsci bezeichnet, muß sich erst noch formieren. Bewußt geschrieben »formieren«, weil allein in der Hoffnung auf Allianzen, in der Hoffnung auf Gleichklang der Globalisierungsverlierer eine neue Illusion steckt. Sicher werden die Konturen dieses Blockstatsächlich unscharf sein, aber sie müssen gezeichnet und vor allem ausgefüllt werden.

Berechtigt wird deshalb *zweitens* in einigen Beiträgen die unzureichende Sicht auf die sozialen Bewegungen angemahnt. Es gibt zwar Teilaussagen, so auch zu den Arbeitern (Ethan B. Kapstein, II/S. 203ff.), es wird davor gewarnt, daß manche dieser Bewegungen eher Statisten sind (James Goodman, II/S. 361). Nur, Gewerkschaften, Parteien, soziale Bewegungen spielen eben nur eine Randrolle in den Überlegungen. Also vielleicht doch die Hoffnung der ethischen Beglückung durch ei-

nige aufgeklärte Sozialwissenschaftler, Politiker und Manager? Die werden gebraucht, zweifelsohne. Die Medien können viel bewirken. Aber ohne das Handeln – nicht nur das (vielleicht intelligentere, politischere) Konsumieren – wird sich wohl wenig bewegen. Schlimmer vielleicht: Was passiert, wenn die gegenwärtigen bescheidenen westeuropäisch-sozialdemokratischen Reformansätze alsbald stecken bleiben. Droht dann erst recht Neoliberalismus pur?!

Drittens wird deutlich, daß über die Rolle des Nationalstaates als Ort der politischen und sozialen Auseinandersetzung (und Identität) auch unter Bedingungen der Globalisierung nachzudenken ist. Ein vorschneller Abschied wird auch jene herauskatapultieren, die eigentlich diesen Kampf führen wollen.

Viertens fehlt sichtlich die Radikalität der Forderungen. Wenn Unternehmen aus ihrer nationalen und damit auch internationalen Verantwortung ausscheiden wollen, sich also so gegen die Gesellschaft stellen, dann müssen Sanktionen greifen. Der Zugriff auf ihre Standorte muß erfolgen, national und länderübergreifend, externe Firmensitze dürfen keine Schranke sein, solange sie auf dem eigenen Boden agieren. Der Kapitalfluß muß kontrolliert und wenn notwendig rigoros steuerbar sein. Umverteilungen werden ja wohl auch möglich sein, und zwar nicht nur von unten nach oben. Verteilungsgerechtigkeit bedeutet, wie Fritz W. Scharpf schreibt, eine Verlagerung der »Anstrengungen von der Steuer- und Lohnpolitik auf die Verteilung der Kapitalvermögen« (II/S. 248). Allerdings, was haben die vielen Kleinanleger von ihrem Eigentum – werden sie bescheidene Couponabschneider? Oder machen sie den Großeigentümern Konkurrenz? Andere Mittel sind ebenso denkbar, so sind direkte und indirekte Subventionen beeinflussbar. Und schließlich: Auch die Verstaatlichung sollte kein Tabu sein, obzwar sie nach den realsozialistischen Erfahrungen allein wenig hilft. Und dies ist *fünftens* sichtbares Defizit: Wo bleibt die Demokratie in der Produktion, im Arbeitsprozeß. Kapitalbeteiligung als ein Weg, gut und schön, aber auch Entscheidungsbeteiligung? Vielleicht gilt auch hier: »Global denken, lokal handeln«!

STEFAN BOLLINGER